

Jörg Alt SJ

Stellungnahme für die Kampagne "Steuer gegen Armut" aus Anlass der Expertenanhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Berlin, 15.12.2010

Die Kampagne "Steuer gegen Armut" vertritt eine doppelte Forderung. In unserem Gründungsdokument, dem Offenen Brief vom 17.10.2009, heißt es:

"Wir, die Unterzeichner, fordern die neu gewählte Bundesregierung auf, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen und dafür einzutreten, dass sie auch von anderen Ländern umgesetzt wird. Die Finanztransaktionssteuer ist nicht nur ein Beitrag zu mehr Stabilität auf den Finanzmärkten, sondern generiert auch finanzielle Mittel, die für die globale Armutsbekämpfung verwendet werden können."

Wir haben auf die heutige Anhörung noch in diesem Jahr aus zwei Gründen gedrängt:

1. Zum einen wegen der Bilanzkonferenz zum Stand der Millenniums-Entwicklungszielen in New York im vergangenen September. Diese erachtet mehr Geld als "positiven Beitrag" zur Entwicklungsfinanzierung, gesammelt über *innovative financing* und zusätzlich zu den *traditional source of financing*, also Steuermitteln, aus denen das 0,7% BNE-Ziel abgedeckt werden soll.¹
2. Sodann wollen wir einen fachbereichsübergreifenden Blick auf unser Kampagnenanliegen vorantreiben, denn: So, wie sich der Finanzausschuss im Mai intensiv mit unserer ersten Kampagnenforderung beschäftigt und eigentlich alle Einwände gegen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ausgeräumt hat,² scheint uns wichtig, dass die Anhörung im AWZ die Dringlichkeit und Berechtigung unserer zweiten Kampagnenforderung herausstellt.

Dabei leitet uns Gedanken der Gerechtigkeit und der globalen Schicksalsgemeinschaft:

Es ist ungerecht, dass jene, die am meisten von der bisherigen Wirtschaftsordnung profitierten, keinen nennenswerten Beitrag zur Minderung der Krisenfolgeschäden und Finanzierung der Globalen Gemeinschaftsgüter leisten, während sie selbst schon wieder gut verdienen. Es muss aufhören, dass Gewinne privatisiert werden, aber Verluste oder Risiken zu Lasten der Gemeinschaft gehen.

Die globale Finanzkrise, illegale Migration, Terrorismus, Piraterie, die Ausbreitung exotischer Krankheiten und der Klimawandel sind Entwicklungen, denen sich kein Land der Erde, und sei es noch so reich und mächtig, entziehen kann. In jederlei Hinsicht gilt: Diese Probleme können nicht national (Deutschland) oder regional (EU) gelöst werden. Eine dauerhafte Lösung gibt es nur, wenn auch andere Länder, darunter viele arme Länder, partnerschaftlich einbezogen werden und auch ihren Anliegen und denen ihrer Bevölkerungen Rechnung getragen wird.

¹ "We consider that innovative financing mechanisms can make a positive contribution in assisting developing countries to mobilize additional resources for financing for development on a voluntary basis. Such financing should supplement and not be a substitute for traditional sources of financing." UN Millennium Summit, Outcome Document No. 61, General Assembly A/65/L.1, New York, 17.9.2010

² Siehe <http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a07/anhoeerungen/2010/014/index.html> sowie http://www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Bildgalerie/Kampagnen-Seite/Unterstuetzung_Wissenschaft/Fachkonferenzen/Auswertung_Protokoll.pdf

Dabei ist Geld nicht alles, aber ohne Geld ist vieles nichts.

Die FTS ist aus unserer Sicht optimal geeignet, um dringend benötigte Mittel im Bereich der Bekämpfung von Armut und Klimawandel-Folgen sowie der Förderung von Entwicklung bereitzustellen: Die FTS hat eine für die Finanzmärkte wohltuende Lenkungswirkung, indem sie vor allem kurzfristige Spekulation verteuert, die ohne erkennbaren Nutzen für das globale Gemeinwesen ist und nur einer kleinen Elite von Spekulanten nützt. Gemeinwohlorientierte, mittel- und langfristige Investitionen bzw. der kleine Sparer werden durch diese Steuer nicht benachteiligt. Zugleich wird vor allem Spekulanten endlich ein kleiner Beitrag zur Krisenfolgenbewältigung und zur Finanzierung der globalen Allgemeingüter abverlangt. Bei alledem gehen wir davon aus, dass weder dem Finanzsektor als solchem, noch den Staaten dieser Welt bei einem Steuersatz von 0,05% ein nachhaltiger Schaden erwächst.

In diesen beiden Kampagnenforderungen sehen wir uns von einer breiten Mehrheit der deutschen Bevölkerung unterstützt:

- Die Kampagne umfasst aktuell 70 Organisationen und 16 Einzelpersonen. Sie ist ein breites, parteien- und gruppenübergreifendes Bündnis und repräsentiert über die beteiligten Organisationen, etwa kirchliche und gewerkschaftliche Gruppen, Millionen von Bürgern.
- Die Tatsache, dass unsere Kampagnenforderungen – in Petitionsform gegossen – überraschend schnell 66 000 Unterstützerinnen gefunden haben, belegt, dass auch individuelle Bürger sich mit unseren Anliegen und Argumenten identifizieren.
- Dies belegt auch das fortgesetzte Engagement vieler Menschen in Internetforen, Facebook-Gruppen und auf Twitter.
- Seit Beginn der deutschen Kampagne kam es auch in anderen Ländern zu vergleichbaren Bewegungen, viele davon mit einer ähnlichen Doppelforderung
- Repräsentative Umfragen belegen, dass deutsche Bürger ein verstärktes Engagement für Entwicklungsfragen gut finden.³ Darüber hinaus belegen Umfragen, dass Bürger ein "Weiter so" der wirtschafts- und finanzpolitischen Ausrichtung ablehnen: Den Selbstheilungskräften des Marktes wird ebenso misstraut wie dem auf bloßes Wachstum orientierten Paradigma – vielmehr wird ein Umlenken nach sozio-ökologischen und Gerechtigkeitskriterien befürwortet.⁴

Die Politik muss in diesen Wochen und Monaten beweisen, ob sie weiter dem Druck der Lobby einflussreicher Interessengruppen nachgibt oder ob sie eine Politik macht, die dem Willen der Mehrheit entspricht und als gerecht angesehen werden kann und so auch dem sozialen Frieden nützt. Denn: Die Wut wächst in unserem Land über die unausgewogene Politik, die die Banken schont, aber Hartz-IV-Empfänger belastet. Und die Wut wächst weltweit auf die als egozentrisch empfundene Politik des Westens sowie Institutionen, die mit ihm in Verbindung gebracht werden.⁵

Zum Abschluss deshalb noch das Zitat eines Bürgers, welches ich aus den vielen Zuschriften, die mich seit Beginn der Kampagne erreichten, herausgegriffen habe:

³ Vgl. VENRO/Deine Stimme gegen Armut: Meinungsumfrage von TNS Infratest, Juni 2010, Volltext auf <http://bit.ly/umfrage2010a>

⁴ EMNID-Umfrage im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, 19.8.2010, vgl. http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_102799.htm

⁵ Vgl. Ziegler, J. (2009) Der Hass auf den Westen. Wie sich die armen Völker gegen den wirtschaftlichen Weltkrieg wehren. Gütersloh, Bertelsmann

"Als ich von Freunden den Offenen Brief zur Finanztransaktionssteuer zugeschickt bekam, riss er mich aus meiner dumpfen resignierten Wut. So waren meine Gefühle angesichts der in meinen Augen himmelschreienden Ungerechtigkeit einerseits und dem Gefühl der Hilflosigkeit andererseits – nicht zuletzt wegen meiner mangelhaften Sachkenntnis in Sachen Finanzwesen. Ein diffuses, wenn auch heftiges Unbehagen hilft halt niemandem weiter. Und dann kommt dieser Brief - Auftakt zu einer Kampagne, die für mich leidenschaftlichen Einsatz für Gerechtigkeit, für die Armen, enormes persönliches Engagement vieler und profunde Sachkenntnis verbindet. Ganz, ganz herzlichen Dank allen Beteiligten! Das macht wirklich Mut und für mich war klar: da möchte ich mich einklinken mit den Mitteln, die ich habe."

Herzlichen Dank für diese Veranstaltung, herzlichen Dank für die Einladung, herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Die vorstehenden Ausführungen werden ausführlicher dargelegt und begründet in folgendem Vortrag:

Jörg Alt:

"Finanztransaktionssteuer oder Steuer gegen Armut? Was die Politik bedenken muss. Von der großen Bedeutung eines kleinen Symbols" Ethisch-moralische Diskussionsanstöße an der Humboldt-Viadrina School of Governance, Berlin, 1.12.2010.

Die Gliederung des Vortrags ist:

1. Vorbemerkungen und Einleitung
2. Die offensichtliche Gerechtigkeitslücke
3. Partikularinteressen, Demokratie und Bürgerwille
4. Die Zeit des "Wutbürgers"?
5. Konsequenzen aus der globalen Vernetzung
6. Die Chance für neue Leitbilder und die Rückgewinnung des politischen Primats
7. Politiklegitimation und Konsens jenseits von Partikularinteressen
8. Schlussfolgerung: Einstieg in die globale Schicksalsgesellschaft

Zum Download eingestellt unter <http://www.joergalt.de/vortraege/2010.html>